



EUROPA-UNIVERSITÄT  
VIADRINA  
FRANKFURT (ODER)



Wissenschaftliche Politikberatung  
und Lobbyismus im politischen  
Entscheidungsprozess



Faculty of Political Science  
and Journalism

Abschlussbericht zu den Studienreisen und zu den Workshop  
im Rahmen des Seminars:  
**„Politikberatung und Lobbyismus in der Parlamentsarbeit  
im deutsch-polnischen Vergleich“**

22.11. – 24.11.2017 | 14.12. – 15.12.2017  
Warschau | Berlin | Frankfurt (Oder) / Słubice



Mit freundlichem Dank für die finanzielle Unterstützung an die Kulturwissenschaftliche Fakultät und den Förderkreis der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).



KULTURWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT  
DER EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  
FRANKFURT (ODER)



FÖRDERKREIS  
DER EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA  
FRANKFURT (ODER)

## Studienreisen und Workshops

im Rahmen des Seminars:

*„Politikberatung und Lobbyismus in der Parlamentsarbeit im deutsch-polnischen Vergleich“*

22.11. – 24.11.2017 | 14.12. – 15.12.2017

Warschau | Berlin | Frankfurt (Oder) / Stubice

Im November und Dezember 2017 beteiligten sich Studierende der Universität Warschau, Adam-Mickiewicz- Universität Posen und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) im Rahmen des Forschungsprojektes *„Wissen ist Macht‘: Grenzen der Politikberatung und des Lobbyismus im politischen Entscheidungsprozess“* an zwei Studienreisen und einem Workshop. Für die Studierenden der Europa-Universität Viadrina waren diese Veranstaltungen ein zentraler Bestandteil des im Sommersemester 2017 unter der Leitung von Dr. Artur Kopka und Dr. Jürgen Treulieb stattfindenden Seminars *„Politikberatung und Lobbyismus in der Parlamentsarbeit im deutsch-polnischen Vergleich“*. Das Ziel der Studienreisen war es zum Einen die theoretischen und praktischen Erkenntnissen über die Funktionen und Struktur der Politikberatung in beiden Ländern zu sammeln sowie diese in Gesprächen mit einzelnen politischen und beratenden Akteuren zu vertiefen und zum Anderen einen intensiven kulturellen Austausch zwischen den deutschen und polnischen Studierenden zu ermöglichen. Der ländervergleichenden Perspektive des Seminars Rechnung tragend, fand die Exkursion in zwei Abschnitten statt. Der Erste führt die Studierenden zu wichtigen Institutionen des polnischen Staates nach Warschau. Im zweiten Teil kamen die Studierenden erst in Berlin zusammen, um dort den Bundestag zu besuchen. Am letzten Tag der Exkursion fand dann ein Workshop im Collegium Polonicum in Stubice statt.



## Programm der Studienreise nach Warschau

### **Mittwoch, 22.11.2017:**

7:20 Treffen FfO Bhf

7:45 Abfahrt ab FfO (EC) → 13.00 Ankunft Warschau  
Einquartieren im Hostel „Helvetia“

15:00 – 17.00 Besuch im **Büro für Sejmanalysen** (Wissenschaftliche Dienste des Sejm) und Gespräch mit **Paweł Kościelny** (Mitarbeiter des wissenschaftlichen Dienstes)

Im Anschluss (geg. 18:00): Gemeinsames Abendessen

### **Donnerstag, 23.11.2017:**

10:00 – 11:00 Besuch im **Sejm** (Beobachtung der Plenarsitzung und Führung) und Gespräch mit **Magdalena Germak** (Mitarbeiterin der Sejmkanzlei)

11:15 – 12:15 Gespräch mit **Henryk Pajdała** (Direktor des Büros für Parlamentsausschüsse) und **Anna Pietrzak** (Abteilungsleiterin im Büro für Parlamentsausschüsse)

12.30 – 13.30 Gespräch mit **Marek Krzakała** (**PO**, Abgeordneter, Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU)

13.45 – 14.45 Mittagessen

15:00 – 16:00 Gespräch mit **Joanna Kopcińska** (**PiS**, Abgeordnete, stellvertr. Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit sowie Mitglied des Ausschusses für Gerechtigkeit und Menschenrechte)

17:00 Besuch im **Museum des Warschauer Aufstands**

### **Freitag, 24.11.2017:**

9:00 – 11:00 Besuch im **Präsidentenpalast**, Führung mit **Małgorzata Matuszewska** (Mitarbeiterin der Präsidentenkanzlei)

12.00 – 14.00 Besuch in der **Regierungskanzlei**, Führung und Gespräch mit **Paweł Szrot** (stellvertretender Kanzleileiter)

## Exkursion nach Warschau

Mittwoch, 22.11.2017

Die erste Station nach der Anreise der Studierenden aus Poznan und Frankfurt/ Oder in Warschau war das Büro für Sejmanalysen (BAS). Es fungiert wie der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages als Beratungsinstitution des Parlaments und fertigt auf Anfrage von Abgeordneten und Ausschüssen des Sejms wissenschaftliche Gutachten an. Piotr Kościelny, Mitarbeiter des BAS, informierte die Gruppe zu Mission, Entstehung, Struktur und Aufgaben des Büros.

Zusätzlich zu wissenschaftlichen Gutachten ist das BAS auch für die Einweisung in Parlamentsabläufe für neue Abgeordnete zuständig, die in Deutschland der Parlamentsverwaltung zufallen. Weiterhin leistet es fachliche Unterstützung in Verfahren vor dem Verfassungsgericht. Von den insgesamt 83 Mitarbeitern hat der größte Teil eine juristische Ausbildung. Die jährlich rund 3500 angefertigten Analysen des Büros sind viele online abrufbar oder auf Anfrage erhältlich. In der öffentlichen Debatte spielen die Gutachten des BAS durchaus eine Rolle: Sowohl Medien als auch Abgeordnete des Parlaments berufen sich auf die Analysen, loben oder kritisieren sie. Derartige Verweise auf Arbeiten des Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages sind in Deutschland eher selten, merkte Prof. Treulieb an.

Nach dem Besuch des BAS ließ die Gruppe den ersten Tag bei einem gemeinsamen Abendessen ausklingen.



Donnerstag, 23.11.2017

Der zweite Exkursionstag sah ein umfangreiches Programm im Sejm vor. Zuerst wurde die Gruppe von Magdalena Germak, Mitarbeiterin der Sejmkanzlei, durch das Haus geführt. Die Geschichte des Hauses wurde dabei insbesondere anhand vieler Exponate wie beispielsweise den Stäben des Parlamentsmarschalls verdeutlicht. Bemerkenswert bis kritisch beurteilten die Studierenden eine Art Ausstellung inmitten des Parlamentsgebäudes, in der staatliche Kohleunternehmen mit Infotafeln und Aufstellern für den Erhalt ihres Sektors warben.

Im darauffolgenden Gespräch mit dem Direktor des Büros für Parlamentsausschüsse, Henryk Pajdała, erfuhren die Studierenden mehr über die Arbeit des Parlaments. Diese findet vor allem in den Ausschüssen statt, in denen die Fraktionen ihrer Stärke entsprechend vertreten sind. 29 ständige und mehrere temporäre Ausschüsse arbeiten an Gesetzentwürfen und bereiten sie für das Plenum vor. Durch öffentliche Anhörungen können gesellschaftliche Gruppen am Gesetzgebungsprozess beteiligt werden. Dieses Instrument wird aber von der aktuellen Regierung aus zeitlichen (und politischen) Gründen kaum noch eingesetzt.

Die Sejmkanzlei ist neben der Leitung der Ausschussesekretariate auch für die Kontrolle der lobbyistischen Aktivitäten in den Ausschüssen zuständig. Über diese Aufgabe informierte Anna Pietrzak, Abteilungsleiterin im Büro für Parlamentsausschüsse, die Studierenden. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass sich Interessenvertreter in einem vom Innenministerium geführten Lobbyregister anmelden müssen. Weitere Angaben im Register umfassen lediglich Anschrift und Identifikationsnummer des Unternehmens oder der Institution. Im Gegenzug erhalten die derzeit 414 Registrierten einen Hausausweis, der den Zugang zu allen Parlamentsgebäuden inklusive dem Senat einschließt. Gesetzesänderungen müssen offiziell bei den Ausschüssen eingereicht werden. Diese werden vom Büro für Kontrolle der lobbyistischen Aktivitäten geprüft. Das Büro erhält außerdem Kenntnis von Gesprächen zwischen Abgeordneten und Interessenvertretern. Diese Informationen werden jährlich in einem Lobbyreport zusammengefasst, der für zwei Monate online abrufbar ist.



Nach dem Mittagessen waren Gespräche mit Abgeordneten der zwei größten Fraktionen im Sejm, PiS und PO geplant. Der Abgeordnete der stärksten Oppositionsfraktion (PO), Marek Krzakała, gab Einblicke, wie sich der politische Alltag seit dem Regierungswechsel geändert hatte. Er bemerkte beispielsweise, dass er in der Opposition weniger Lobbykontakte unterhalte als zuvor. Weiterhin kritisierte er, dass Gesetzgebungsprozesse unter der derzeitigen PiS-geführten Regierung extrem verkürzt würden, weil kaum noch öffentliche Anhörungen stattfänden.



Der Termin mit der Abgeordneten der regierenden PiS-Fraktion wurde leider kurzfristig abgesagt.

Den kulturellen Abschluss des Tages bildete der Besuch im Museum des Warschauer Aufstandes. Der Warschauer Aufstand von 1944 war der Versuch der polnischen Heimatarmee, die Hauptstadt Warschau vor dem Eintreffen der sowjetischen Truppen von der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten zu befreien. Das moderne und interaktive Museum konnte den Studierenden eindrucksvoll dieses von Leid und Schrecken geprägte Kapitel der polnischen Geschichte vermitteln.



Freitag, 24.11.2017

Am dritten Tag der Exkursion besuchten die Studierenden die exekutiven Institutionen des polnischen Staates, den Präsidentenpalast und die Kanzlei der Premierministerin. Małgorzata Matuszewska, Mitarbeiterin der Präsidentenkanzlei, führte die Gruppe durch das historisch bedeutende Gebäude, in dem unter anderem der Warschauer Pakt und der Beitritt Polens zur EU und zur NATO besiegelt worden war. Der letzte Programmpunkt war ein Besuch der am Łazienki-Park gelegenen Regierungskanzlei, dem Sitz der derzeit amtierenden Premierministerin Szydło. Bei einer Führung durch die Kanzlei bekam die Gruppe die zahlreichen Sitzungssäle zu Gesicht. Anhand der unterschiedlichen architektonischen Stile wurde die wechselvolle Geschichte des Hauses deutlich. Im nachfolgenden Diskussionsrunde berichtete unser Gesprächspartner von seiner Arbeit als Berater für Wirtschaftsfragen. Dabei ging es u.a. um die Effektivität des umstrittenen Kindergeldprogramms 500PLUS aus ökonomischer Perspektive sowie um einen möglichen Einfluss von Interessenvertretern auf die Beratungsleistung. Nach den Einblicken in die Besonderheiten des politischen System Polens trat die Gruppe die Rückreise an.



**Programm der Studienreise nach Berlin**  
**und des Workshops an der EUV**

<b>Donnerstag, 14.12.2017</b>	<b>Exkursion nach Berlin</b>
7.57	Bahnhof Frankfurt (Oder) - Abfahrt nach Berlin
9.30	Westeingang des Paul-Löbe-Hauses
10.00 – 11.00	Diskussion mit <b>Martin Patzelt</b> (MdB, CDU, Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe)
12:00 – 13.00	Vortrag auf der <b>Besuchertribüne</b> mit anschließendem Besuch der <b>Kuppel</b>
13.30 – 14.30	Mittagessen in der Kantine des Bundetags
14.30 – 15.15	<b>Führung im Deutschen Bundestag durch Tobias Virgin und Mihai Ganea</b> (Jakob-Kaiser-Haus, Reichstagsgebäude, Paul-Löbe-Haus)
15.15 – 16.00	Gespräch mit <b>Cornelius Zimmermann</b> (Büroleiter von Detlef Müller, MdB, SPD)
16.30 – 17.30	Besuch im „ <b>Tränenpalast</b> “ - Ausstellung "GrenzErfahrungen. Alltag der deutschen Teilung"
Ab 18.00	Integrationsabend in der Berliner Innenstadt
<b>Freitag, 15.12.2017</b>	<b>Workshop:</b> Europa-Universität Viadrina / Collegium Polonicum
9.30 – 10.30	<b>Auswertung der Exkursionen</b> nach Warschau und Berlin
10:45 – 12.15	<b>Dipl.-Pol. Gregor Strate (WD des Deutschen Bundestages)</b> „Wissenschaftliche Dienste beim Deutschen Bundestag“
12.30 – 13.30	Mittagessen
13.45 – 15.15	<b>Dr. Bartłomiej Biskup (Universität Warschau)</b> „Politikberatung in Polen und in der Welt“
15.30 – 17.00	<b>Prof. Dr. Dorota Piontek (UAM)</b> „Politische Beratung in der Mediendemokratie: Mediatisierung des Expertenwissens als Element des politischen Entscheidungsprozesses“
18.08	Rückfahrt nach Poznan und Warschau



## Exkursion nach Berlin

Donnerstag, 14.12.2017

Wenige Wochen später sollten die Studierenden aus Frankfurt (Oder), Poznan und Warschau dann in Berlin einen Einblick in das deutsche Parlament erhalten. Zuerst traf die Gruppe den Abgeordneten Martin Patzelt (CDU). Schwerpunkt der Diskussion war mitunter die Rolle der Medien als Beobachter und Kritiker der Politik, auch in Hinblick auf den Einfluss von Interessenvertretern. Daneben wurden aktuelle Fragen zur schwierigen Regierungsbildung und zum Umgang mit der AfD-Fraktion in der parlamentarischen Arbeit besprochen.



Im darauffolgenden Informationsvortrag durch den Besucherdienst des Deutschen Bundestages wurden sowohl Geschichte und Architektur des Reichstagsgebäudes als auch die Arbeitsweise des Bundestags vorgestellt. Im Anschluss besichtigte die Gruppe die Kuppel des Reichstags und genoss den 360-Grad-Blick auf die deutsche Hauptstadt.

Nach dem Mittagessen hatten die Studierenden in einem Gespräch mit zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern des Abgeordneten Detlef Müller (SPD) die Möglichkeit, umfangreiche Informationen über deren Aufgaben und ihre Erfahrungen mit Lobbyismus und Politikberatung zu erhalten. Das Büro unterhalte beispielsweise Kontakte mit einem Unternehmen zum Austausch fachlicher Informationen. Darüber hinaus sprach sich Cornelius Zimmermann, Büroleiter von Detlef Müller, für die Einführung eines Lobbyregisters aus. Eine der Leitfragen des Studienseminars nach Unterschieden von „policy advice“ und „lobbying“ wurde von Herrn Zimmermann folgendermaßen definiert: Hauptmerkmal des political advice sei die Qualität und Fundiertheit der Beratung. Lobbying zielt lediglich auf ein gutes Outcome zugunsten des Interessenvertreters ab. Den kulturellen Abschluss der Berlinexkursion bildete der Besuch des „Tränenpalasts“, einer Ausstellung über den Alltag während der innerdeutschen Teilung.

### Workshop Collegium Polonicum, 15.12.2017

Am nächsten Tag stand ein Workshop auf dem Programm, der die Studierenden wieder nach Polen führte. Im in Slubice ansässigen Collegium Polonicum, einer Forschungseinrichtung der Europa-Universität Viadrina und der Adam-Mickiewicz-Universität Posen, wurden zu Anfang die beiden Exkursionen nach Warschau und Berlin ausgewertet. Zentrale Fragestellung war dabei, die Unterschiede zwischen dem System der Politikberatung und des Lobbyismus in Deutschland und Polen aufzudecken. In Gruppenarbeit haben die Studierenden diese Unterschiede herausgearbeitet und anschließend im Plenum diskutiert. So standen unter anderem die Kontrolle und Transparenz von Lobbyismus sowie die damit verbundene Frage nach einem einheitlichen Lobbyregister im Vordergrund.

Danach gab Gregor Strate den Studierenden eine Einführung in die Arbeitsweise und Funktion des Wissenschaftlichen Dienstes im Deutschen Bundestag (WD). Grundsätzlich verstehe der Wissenschaftliche Dienst seine Aufgabe darin, Wissensmanagement und keine eigene Forschung zu betreiben. Mitglieder des Deutschen Bundestages werden vom WD unterstützt, indem Sachstände und Ausarbeitungen zu bestimmten Themen in Auftrag gegeben werden können sowie aktive Informationen in Form von Infobriefen und Dossiers zur Verfügung stehen. Dafür ist der Wissenschaftliche Dienst in 11 Fachbereiche strukturiert, die sich an den Ausschüssen des Bundestages orientieren.

Nach der Mittagspause wurde Dr. Bartłomiej Biskup von der Universität Warschau per Skype zugeschaltet. Im Fokus seines Vortrages und der anschließenden Fragerunde standen vor allem Typen und Komponenten von Politikberatung. Er identifiziert Know-How, Kommunikation und Coaching als drei wesentliche Komponenten der Beratung.

Zum Abschluss des Workshops erläuterte Prof. Dr. Dorota Piontek vertiefend das Forschungsinteresse und die Ziele des gemeinsamen Forschungsprojektes.



## **Informationsgespräch im Deutschen Bundestag**

Mittwoch, 10.01.2018

Während der Praktikumszeit im Deutschen Bundestag trafen sich die Studierenden der EUV mit Oliver Stegemann, der über die Arbeitsbedingungen von wissenschaftlichen Mitarbeitern im Bundestag berichtete. Dabei ging es vor allem um arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen, aber auch um die grundsätzliche Funktionslogik der Arbeit von Abgeordneten in der heutigen Mediengesellschaft. Nicht – wie oft angenommen – sind wissenschaftliche Mitarbeiter Angehörige des öffentlichen Dienstes. Denn sie stehen in einem privatrechtlichen Anstellungsverhältnis mit dem jeweiligen Mitglied des Bundestages zeitlich befristet für die Dauer der Legislaturperiode. Es gibt zwar einen Gehaltsrahmen als Orientierungspunkt für die Mitarbeiter, jedoch liegt die Entscheidung alleine bei den Abgeordneten als Arbeitgeber. Diese bekommen monatlich eine Personalpauschale zur Verfügung gestellt, von der die Mitarbeiter bezahlt werden. Ob davon wenige Mitarbeiter mit hohen Gehältern oder viele Mitarbeiter mit einem geringeren Salär bezahlt werden, ist Ermessen und Bedarf der Abgeordneten. Auch die Beschäftigungssituation, die Frage nach einer Interessenvertretung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Personalrekrutierung wurden von Oliver Stegemann erläutert, der sich im Mitarbeiterbeirat engagiert. Gesetzlich gesehen ist die arbeitsrechtliche Situation speziell – am ehesten mit Kleinstbetrieben vergleichbar. Daher ist die Einrichtung eines Betriebsrates nicht vorgesehen. Dennoch gibt es einen überfraktionellen Mitarbeiterbeirat, der als Interessenvertretung der Abgeordnetenmitarbeiter fungiert. Zum Abschluss des Gesprächs wurde auch die Frage diskutiert, wie sich die Tätigkeit im Parlament, beispielsweise durch die Digitalisierung, in den letzten Jahren verändert hat.

Der Bericht wurde von Laura May und Florian Meingast angefertigt.